



Haushaltsrede 2025

anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes
für das Jahr 2025 in den Rat der Stadt Goch
am 16. Januar 2025

Bürgermeister Ulrich Knickrehm

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wenn unsere Beigeordnete und Kämmerin, Frau Gansen, sogleich den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 in den Rat einbringen wird, liegen harte, schwierige und arbeitsreiche Wochen hinter ihr. Nach der Mammutaufgabe „Eingliederung des Vermögensbetriebes in die Stadt Goch“ schloss sich die nächste Mammutaufgabe, Einbringung des Haushaltes 2025 unter völlig neuen, einzuarbeitenden Vorgängen aus der Einbringung des Vermögensbetriebes, nahtlos an. Das bedeutete: Überstunden, Überstunden, auch am Wochenende wurde unter Hochdruck bis zuletzt gearbeitet. Ich möchte deshalb meiner Kämmerin für ihren unermüdlichen Fleiß und ihren außergewöhnlichen Einsatz an dieser Stelle von Herzen danken. Dabei beziehe ich meinen Dank die Leiterin unserer Buchhaltung, Pia Henkemeier und ihr Team ebenso ein wie den Leiter unserer Kämmerei, Volker Hermsen und sein Team. Ohne Sie und ihren Einsatz hätten wir die Einbringung des Haushaltes wohl nicht geschafft.

Ich brauche Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie mit der kommunalpolitischen Lage vertraut sind, nicht zu sagen, dass die finanzielle Lage der nordrhein-westfälischen Kommunen mit dem Wort „katastrophal“ nur unzureichend umschrieben ist. Die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene spiegelt sich in den am Freitag vor einer Woche vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur bundesweiten Entwicklung der Kommunalhaushalte sehr deutlich wider.

Demnach weisen die kommunalen Kernhaushalte nach den ersten drei Quartalen 2024 einen negativen Finanzierungssaldo von 24,946 Mrd. Euro auf. Das Defizit ist damit mehr als doppelt so hoch wie noch im vergangenen Jahr (-11,3 Mrd. Euro). Bezieht man die Extrahaushalte mit ein, fällt das Ergebnis mit -25,9 Mrd. Euro (1. - 3. Quartal 2023: -11,4 Mrd. Euro) ähnlich schlecht aus. In fast allen Ländern hat sich der Finanzierungssaldo verschlechtert, – insbesondere in NRW von 1,9 Mrd. € auf 6,9 Mrd. € mehr als verdreifacht. Sowohl der Bund als auch das Land lassen uns Kommunen allein. Während den Kommunen ständig neue Aufgaben übertragen werden, fehlt es an einer entsprechenden Finanzierung durch das Land NRW. Das Land bringt aber bislang nichts zustande außer dem oftmals durchaus begründeten empörten Fingerzeig nach Berlin.

Das ist nicht nur meine Meinung, sondern Konsens unter allen Bürgermeistern im Land. Denn: Auf den Bund mit dem Finger zu zeigen, hilft uns nicht. Unser Ansprechpartner in Sachen Finanzen ist nun einmal die Landesregierung. Und da fehlt uns die Hilfe an allen Ecken und Enden, das gilt beispielsweise für die Kitaausstattung, für die Grundsteuer, und in besonderem Maße für die Ganztagsbetreuung an Schulen sowohl bei den notwendigen Investitionen als auch bei den auf uns zukommenden Personalkosten in Millionenhöhe, oder ebenso in besonderem Maße bei der Flüchtlingspolitik ... die Liste ließe sich problemlos fortführen.

Die Finanznot der Kommunen spüren unsere Bürger in ihrem Alltag schon jetzt. Wir müssen uns darauf einrichten, dass dies noch schlimmer wird, wenn das Land nicht endlich reagiert.

Noch stehen wir in Goch im Kreisvergleich ganz gut da. Nur unsere sparsame Politik und Haushaltsführung in den letzten Jahren hat zu Rückzahlungen von Kassenkrediten und zusätzlich zum Aufbau einer vermeintlich ordentlichen Ausgleichsrücklage gesorgt. Dieses Polster kommt uns nun sicherlich zugute. Auch bewahrt uns dies in diesem Jahr sicherlich auch vor Steuererhöhungen. Betrachtet man aber die Entwicklung der Defizite über die mittelfristige Planung, so erscheint sehr zweifelhaft, dass uns allein diese Ausgleichsrücklage für die nächsten Jahre vor einer Haushaltssicherung sicher schützt. Und die Zeiten des Verzichts auf Kassenkredite scheinen auch vorüber.

Es wird auch keine Lösung sein, zur Erfüllung ansonsten nicht finanzierbarer Wünsche auf Gewinnausschüttungen unserer städtischen Gesellschaften zu setzen: hier müssen wir mit Bedacht und unter Berücksichtigung der auch von außen an unsere Gesellschaften herangetragenen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und vor allen Dingen lagebedingt in den folgenden schwierigen Jahren handeln und nicht jetzt die Mittel verausgaben, die wir morgen sicherlich noch brauchen werden.

Angesichts solcher Zukunftsprognosen werden dann schnell allgemeine Forderungen nach Einsparungen in unseren Haushalten erhoben. Nun: wir in Goch pflegen seit Jahren eine sparsame Haushaltsführung. Und noch so einschneidende Sparmaßnahmen dort, wo es geht, also bei den freiwilligen Leistungen, werden uns nicht die Finanzmittel

verschaffen, die uns letztlich fehlen werden. Allein die Transferaufwendungen, die unser Haushalt 2025 zu erbringen haben wird und deren Höhe wir nicht beeinflussen können, belaufen sich auf 64,5 Mio. €. Im Jahresergebnis 2023 waren dies noch 51,69 Mio €, also 12,81 Mio € weniger. Das entspricht – über zwei Jahre – einer Steigerung um fast 25% (24,78).

Meine Damen und Herren: Dagegen können wir nicht ansparen.

Wir tun allerdings auch gut daran, unsere Investitionen für die kommenden Jahre schon jetzt anzupacken und umzusetzen – wer weiß, wann dies noch möglich sein wird. Ich berichte dies alles nicht, um die Situation zu bejammern. Schon in den vergangenen Jahren habe ich – wie auch viele andere Bürgermeister in unserem Land – auf die chronische Unterfinanzierung der nordrhein-westfälischen Kommunen hingewiesen. Dies ließ sich in den zurückliegenden Jahren ja noch durch gestiegene Steuereinnahmen kompensieren. Dass dies nicht mehr reicht, zeigt der vorgelegte Haushalt in aller Deutlichkeit auf. Daran zeigt sich: eine Neuordnung der Finanzierung unserer Kommunen ist unumgänglich.

Wenn es, wie jetzt, allen Kommunen landesweit finanziell schlecht geht, kann das Finanzierungssystem nicht gut und belastungsfähig sein. Wir müssen aber vor Ort für die Zukunft sicher planen können. Ich halte es deshalb für unumgänglich, dass NRW endlich die Konnexitätsregel (wer bestellt bezahlt) ernst nimmt, nicht auf Umwegen (Förderpolitik) oder Verzicht auf ein Gesetz (Beispiel Finanzierung der Ganztagsbetreuung) der Konnexitätsregelung ausweicht und das Land endlich bei zusätzlichen Aufgaben auch die Finanzierung übernimmt. Und: mit dem kleinteiligen, unüberschaubaren und verwaltungstechnisch extrem aufwändigen Förderwesen muss endlich Schluss sein und seine Ersetzung durch eine finanziell solide Grundausstattung aller Kommunen finden.

Für die jetzige Zeit der Ungewissheit möchte ich an Sie appellieren, in den Haushaltsberatungen zurückhaltend zu bleiben. Den Status quo zu sichern sollte unsere Aufgabe sein. Zeit zur Erfüllung von Wünschen ist es nicht.

Nun darf ich unsere Kämmerin bitten, Ihren Haushaltsentwurf einzubringen.